

a/9

220.0 red

Bern, . Januar 1990

Notiz

Evaluation SAP: Nachtrag zu meiner Notiz vom 29.1.90 zhd. DEH

Geht an: jag, **Kopie:** gir, esh, hae, den, egt, kew

1. Einleitend ist festzuhalten, dass Struktur Anpassungsprogramme an sich nichts neues sind; sie umschreiben nur mehr die gegenwärtige Richtung und die Massnahmen im Rahmen der in den einzelnen Ländern verfolgten oder zumindest geplanten Wirtschaftspolitik. Daher würden wir meinen, dass insbesondere in der DEH nicht allein das Bedürfnis bestehen dürfte für ein Monitoring von SAP sondern vielmehr für ein Instrument für die Mitarbeiter auf Platz und in der Zentrale zur Analyse der Wirtschaftspolitik ganz allgemein. Insbesondere ist u.E. die Wirtschaftspolitik in DEH-Konzentrationsländern, welche kein explizites SAP genauso oder eher noch stärker "monitorbedürftig" als in Ländern mit SAP.
2. Das BAWI hat wiederholt die Meinung vertreten, dass auch die von der DEH geleistete technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe nicht im luftleeren Raum sondern vor allem unter den "constraints" der Gesellschaftspolitik im begünstigten Land erfolg. Die Wirtschaftspolitik ist ein Instrument dieser Gesellschaftspolitik. Konflikte entstehen dort, wo Massnahmen zur Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Effizienz nicht mit den gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Mehrheit oder der regierenden Schicht in einem Land übereinstimmen.
3. In diesem Sinn ist es wichtig, dass in den Konzentrationsländern der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit die Wirtschaftspolitik mitverfolgt wird und negative wie positive Rückwirkungen auf die von der Schweiz unterstützten Programme und Projekte mit den Regierungsstellen im geeigneten Rahmen diskutiert werden. Das wichtigste Instrument dazu bilden die KOBU und die schweizerischen Botschaften sowie die lokalen Geberkoordinationstreffen und Konsultativgruppensitzungen im Rahmen der Weltbank bzw. UNDP. Die Vertretungen und die Zentrale müssen über Mitarbeiter verfügen, welche Verständnis haben über wirtschaftliche Zusammenhänge und eigene Urteile über die Auswirkungen auf ihre Projekte fällen können. In Kursen und Seminarien wie sie heute schon von der DEH angeboten werden (z.B. Prof. Berg) kann die Weiterbildung auf diesem Gebiet sinnvoll gefördert werden. Zwischen einer solchen Ausbildungskomponente und Struktur Anpassungs-Monitorbedürfnissen kann jedoch ein gewichtiger Unterschied bestehen, weshalb die Ziele der letzteren u.E. deutlich hinterfragt werden müssten.
4. Aus den uns zur Verfügung gestellten Unterlagen (Notiz OP und Pflichtenheft vom 9.11.1989, VOK/GLA) ist es für uns äusserst schwierig die Stossrichtung und Ziele der in

Notiz

der DEH diskutierten Studie zu erkennen. Das Pflichtenheft beinhaltet u.E. für die Bedürfnisse der schweiz. Entwicklungszusammenarbeit irrelevante Fragestellungen (z.B. welche Schlüsse lassen sich allenfalls bezüglich der Frage ziehen, was ohne SAP in einzelnen Ländern geschehen wäre?) und vor allem die Absichten sind nicht transparent (was wird unter operationeller Anwendungsmöglichkeit des Monitoringkonzepts verstanden). Es kann u.E. auf jeden Fall kaum darum gehen, dass ein Instrument geschaffen wird, damit die Schweiz (d.h. die Mitarbeiter der DEH oder des BAWI) eine aktivistische Rolle in bezug auf die von einzelnen Entwicklungsländern verfolgten allgemeinen Wirtschaftspolitik betreiben.

5. Aus prinzipiellen Gründen darf die Schweiz nicht direkt aktiv in die interne Wirtschaftspolitik eines Landes involviert werden. Dazu gibt es zwei offensichtliche und ausreichende Überlegungen: Erstens ist unser (Mitarbeiter der DEH oder des BAWI) Urteil nicht unfehlbar und zweitens müssen und können wir die Konsequenzen von Fehlschlägen in der Wirtschaftspolitik - im Gegensatz etwa zu Fehlschlägen bei Projekten, wo das Ausmass eher in Grenzen gehalten werden kann - nicht selbst tragen. Die Regierungen der betreffenden Länder sind es, welche allein die Verantwortung für ihre Wirtschaftspolitik tragen.

6. Auf makro-ökonomischer Ebene muss der vertiefte Dialog mit den um internationale Unterstützung suchenden Ländern in den und mit den dafür geschaffenen Institutionen (vor allem Bretton Woods) geführt werden. Diese Institutionen sind präzise auch gegründet worden, um die Entwicklungsländer aus bilateralen Abhängigkeiten herauszuführen. Gerade auch ein Kleinstaat wie die Schweiz sollte die Rolle, welche diese Institutionen spielen, aus eigenem Interesse zu unterstützen wissen.

7. Aufgrund des Gebots der Zurückhaltung bei der wirtschaftspolitischen Diskussion kommt andererseits bei der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit der Länderauswahl eine hervorragende Rolle zu. Wir müssen gewährleisten, dass bei der offiziellen Entwicklungshilfe, wobei vor allem mit Regierungsstellen zusammengearbeitet wird, Länder im Vordergrund stehen, welche eine Wirtschaftspolitik im Sinn und Geist unseres Entwicklungshilfegesetzes verfolgen. Es muss aber auch darauf hingewiesen werden, dass es für die technische Zusammenarbeit Bereiche mit grossen ungedeckten Bedürfnissen gibt, bei welchen eine Unterstützung unsererseits auch bei einer momentanen Wirtschaftspolitik, welche aus unserer Sicht wenig oder nichts zur breiten Entwicklung des betreffenden Landes beiträgt, längerfristig gesehen äusserst sinnvoll ist und wo u.E. vor allem auch die Schweiz für einen Beitrag komparative Vorteile aufweisen kann (vor allem Erziehungssektor und Transportsystem (Strassenbau)). Nachdem bis vor wenigen Monaten der Eindruck geherrscht hat, dass in der DEH seit zwei, drei Jahren alles im Lichte der SAP gestanden hat, scheint man sich m.E. auf Druck der regionalen Sektionen wieder vermehrt auf die angestammten Gebiete zurückzubedenken. Möglicher- und begreiflicherweise besteht diesbezüglich ein "time-lag" bei den Verantwortlichen für Evaluationen.

J. Al. Reding